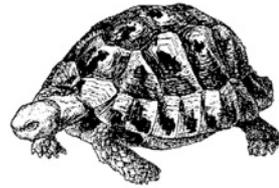


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Debatte der Massen

Wie weiter mit den Protesten? – Von Christian Mahieux*

In: [express](#) 04/2016

Wir dokumentieren hier einen Artikel aus der neu entstandenen »Tageszeitung« Le Progrés Social von Christian Mahieux zur geplanten Reform des Arbeitsgesetzes in Frankreich. Seine Frage: »Und wenn die Beschäftigten das Gesetz machen würden?«

Das geplante neue Arbeitsgesetz enthält Maßnahmen, die darauf abzielen, die Profite der Bosse, Aktionäre und Banker zu steigern, indem sie die Ausbeutung der Lohnempfänger verschärfen. Wir tun also richtig daran, uns dem zu widersetzen. In dieser Zeitung, aber vor allem quer durch die Publikationen der gewerkschaftlichen Organisationen, hat man sich mit dem Inhalt des Gesetzesprojekts auseinandergesetzt. Währenddessen muss die Erklärungsarbeit weitergehen. Wenn Demokratie durch Teilhabe an Entscheidungen gekennzeichnet ist, erhält sie ihren wahren Sinn erst dann, wenn alle strittigen Punkte bekannt, erklärt, begriffen und debattiert sind.

Der Inhalt des Gesetzesprojektes rechtfertigt unseren entschiedenen Widerstand. Aber in der Bewegung, die seit einem Monat entsteht, kristallisieren sich unterschiedliche Ablehnungsgründe heraus. Die Jungen wollen keine Zukunft, die von Prekarität, Armut und Ausschluss geprägt ist; die Arbeitslosen beharren darauf, dass ihre Rechte und ihre Würde gewahrt werden; die Rentner setzen einem »Jeder für sich« die Forderung nach Solidarität zwischen den Generationen entgegen; die LohnempfängerInnen schließlich haben die Nase voll: von mehr Arbeit für weniger Geld, von grauenhaften Arbeitsbedingungen, von Druck, Sanktionen und Erpressung durch den Arbeitgeber sowie von einer Hierarchie, die ihnen Entscheidungen von Leuten aufzwingt, die von der tatsächlichen Arbeit keine Ahnung haben. Alle sind sauer auf die Politiker und ihre leeren Versprechen, sauer auf die endlose Selbstbezüglichkeit derer, die sich für die Elite halten. Alles Momente, die zudem massiv zur Banalisierung der extremen Rechten beigetragen haben.

Das Gesetzesprojekt zurückweisen und gleichzeitig umfassendere Forderungen aufstellen: Es steht in der Verantwortung der Gewerkschaftsbewegung, diesen beiden Aspekten Ausdruck zu verleihen – zumindest derjenigen (starken) gewerkschaftlichen Strömung, die sich nicht damit zufrieden gibt, Aktionen zu organisieren, um ihren Dissens kundzutun, sondern die es versteht, erfolgversprechende Kämpfe zu entwickeln und so einem Bruch mit den herrschenden ökonomischen und politischen Systemen den Vorzug zu geben.

Ein konkretes Beispiel aus dem Gesetzesprojekt kann zeigen, wie eine solche Synthese aussehen kann. Die Regierung möchte den Forderungen der Arbeitgeber nachkommen und Referenden einführen. Damit möchte sie den Willen der gewerkschaftlichen Mehrheit aushebeln, wenn diese sich weigert, antisoziale Vereinbarungen zu akzeptieren. Diese Orientierung muss bekämpft werden – aber wie? Indem man auf die Achtung der gewerkschaftlichen Fakten und

Regeln pocht, selbst auf das Risiko hin, von den LohnempfängerInnen nicht verstanden zu werden, weil sie nicht einsehen werden, warum es gefährlich sein soll, sie einzubeziehen?

Im Gegenteil: Lasst uns offensiv und erfinderisch sein! Lasst uns gemeinsam eine umfassende gewerkschaftliche Kampagne organisieren, um die Verallgemeinerung dieser Referenden in den Unternehmen und den Diensten einzufordern: für oder gegen Entlassungen? Für einheitliche oder für prozentuale Anhebungen? Für die Erhöhung der Löhne oder der Aktionärsprofite? Für oder gegen Einstellungen? So werden wir die arbeitgeberfreundliche Ausrichtung des Gesetzesprojektes bekämpfen, werden zeigen, dass die Gewerkschaftsbewegung sich nicht vor den Positionen der ArbeiterInnen fürchtet, werden Möglichkeiten für Debatten am Arbeitsplatz schaffen. Es ist an uns, an den GewerkschafterInnen zu zeigen, dass man die Demokratie nicht befragen kann, ohne sich Fragen zu stellen: Wie regelt das Eigentumsrecht die Frage der Macht im Unternehmen? Welche Rolle spielt der Staat im Hinblick auf die Demokratie im öffentlichen Sektor... Zudem lässt sich ein solcher Versuch auch an anderen Themen durchdeklinieren: der Organisation der Arbeitszeit, der Ausbildung etc.

Von den konkreten Forderungen ausgehen, die Verbindung zu den allgemeineren Themen herstellen und daraus Perspektiven auf das Ganze entwickeln, das heißt, die Frage nach einer gesellschaftlichen Veränderung zu stellen, und zwar auf nutzbringendere Weise als auf dem Weg über Programme, die im geschlossenen Zirkel von politischen Organisationen ausgearbeitet werden. Stets von Neuem muss man Wege finden, die Masse der abhängig Beschäftigten in der Debatte zu halten. Ermöglicht wird uns dies durch die Verlängerung des Streiks mit seinen Debatten in den Generalversammlungen der Streikenden, aber auch durch die Diskussionen am Arbeitsplatz, wenn wir sie uns wieder angeeignet haben, oder den Austausch mit anderen Sektoren im Kampf, mit Studierenden und SchülerInnen, die Universitäten und Schulen besetzen, mit den Arbeitslosen. Diese Generalversammlungen müssen mit den regulären Kollektiven von ArbeitskollegInnen korrespondieren, damit sich alle dort ausdrücken können, selbst wenn es nicht darum geht, sie in gewerkschaftliche Treffen zu transformieren (die mit anderen Zeiten der Bewegung korrespondieren können).

* *Christian Mahieux ist Gewerkschafter bei der SUD Solidaires.*

Quelle: Le Progrés Social, Nr. 15, 30. März 2016
Übersetzung: Anne Scheidhauer (TIE-Bildungswerk e.V.)

express im Netz unter: www.express-afp.info